

an die faschistischen Nachbarstaaten wettzumachen versuchte. Da die österreichischen Faschisten erkannt haben, daß sie auf demokratischem Wege, auf verfassungsmäßigem Wege niemals ihre Ziele verwirklichen können, hoffen sie, mit Hilfe der ungarischen und italienischen Boyonette ihre „Ordnung“ zu fördern. Vertreter der Regierung treffen ganz „zufällig“ und „ohne jede Nebenabsicht“ den jungen Herrn Otto Habsburg, der einen ebenso „zufälligen“ Besuch in Berlin abstattet, die österreichische katholische Frauenorganisation ernannt die Erzherzogin Zita zu ihrer Ehrenpräsidentin, während die Vertreter der österreichischen Regierung in Budapest mit den Legationisten bei Czardas und Tokajer mulatieren. Die Reaktion wittert Morgenluft. Unzählige Spione, die im Sold Italiens und Ungarns stehen, rekonoszieren die Grenzgebiete Oesterreichs.

Es war kein Zufall, daß der Butschminister Fey die Entlassung der Wiener-Neustädter Arbeiterchaft in Szene setzt, da sich im Deutschen Reich der Faschismus an den Regierungstisch gesetzt hat. Die Berufung des großen Rattenfängers Hitler zum Reichskanzler hat den österreichischen Faschisten Mut gemacht. Allerdings stehen die Braunhemden, von ihrer Konkurrenz im Arbeitermordgewerbe, den Heimwehren, die sich der weitgehenden Förderung der Regierung erfreuen, in der ja mehrere von ihnen sitzen, verdrängt, jenseits des Reiches des politischen Machtinflusses und die Christlichsozialen werden sich bemühen, ihnen den Aufstieg zu verarmen, aber das faschistisch orientierte österreichische Bürgertum freut sich an der Tatsache, daß wieder in einem Nachbarstaat ein scharfer Rechtskurs die Rechte der Arbeiterschaft berennt, daß wieder irgendwo die Faust eines „starken Mannes“ über den Massen lastet, zur hysterischen Freude jener Klasse, die der Sturm vom November 1918 in den Hintergrund gedrängt hat, zur Freude der Adeligen, die sich in der Demokratie beengt fühlen, zur Freude der Großkapitalisten und Großagrarien, die sich durch die soziale Gesetzgebung und die moderne arbeitsrechtliche Stellung ihrer Arbeiter in ihrem hemmungslosen Profitstreben geschmälert fühlen, all das Geschmeiß dieser bürgerlichen Weltordnung jubelt auf, daß nun im Reich die „langen Messer“ des braunhemdigen Barbarentums herrschen sollen. Da Hitler in Deutschland, tiefend von Phrasen und Drohungen ins Reichskanzlerpalais einzieht, so meinte die österreichische Reaktion nicht untätig bleiben zu dürfen und so hat der „Sicherheitsminister“ Fey den Streich von Wiener-Neustadt ins Werk gesetzt, jener Sicherheitsminister, der von rechts wegen aus Gründen der republikanischen Sicherheit hinter Schloß und Riegel gehören würde. Die Sozialdemokratie hat wegen der Dirtenberger Waffenschichtung im Parlament rüchaltlos Aufklärung verlangt, weil sie sich bewußt ist, wie der Zwischenfall geeignet ist, Oesterreichs Ansehen zu schädigen, wie er geeignet ist, Hindernisse anzuhäufen und den gerechten Widerspruch jener Staaten hervorzurufen, die sich begreiflicher Weise durch die Rückfragen der faschistischen Staaten in ihrer Sicherheit bedroht fühlen. Die Regierung hat ganz ent-

schieden gegen den Willen des größten Teiles des österreichischen Volkes gehandelt, als sie die Durchführung der für Ungarn bestimmten Waffen duldet, denn acht Zehntel der österreichischen Bevölkerung wünschen alles eher als eine Annäherung an das Schurkenregime in Ungarn und Italien.

In diesen Tagen hat die österreichische Arbeiterschaft eine schwere historische Aufgabe zu erfüllen. Umgeben von einer Reihe faschistischer Staaten muß es ein Hort der Demokratie bleiben, den Feinden der Arbeiterschaft einen sicheren Wall entgegenzusetzen. Das österreichische Proletariat ist sich dieser Aufgabe bewußt. Seine Vertreter im Parlament wer-

Die Debatte im Außenaußschuß.

(Schluß von Seite 1)

Das wallenstarrende Ungarn.

In der Debatte griff Genosse Rekos Ungarn heftig an. Es sei heute bis an die Zähne bewaffnet und verfüge über 600.000 gut ausgebildete Mannschaften. Daneben besitze es eine Reihe geheimer Organisationen und Vereine, die das militärische Element Ungarns seien. Im Kriegsfall könnte Ungarn 900.000 Mann zum Waffendienst stellen. In absolutem Widerspruch zu den Friedensverträgen sei momentlich der Offiziersstand der ungarischen Armee: diese sei nun ein Kader von Offizieren und Unteroffizieren. Die Militärausgaben sind in allen möglichen Budgetartikeln verstreut; auch die Selbstverwaltungskörper müssen Militärfonds bilden und die größeren Unternehmen eine eigene Militärsteuer abführen. Der Redner fordert, daß von der Regierung aus der Dirtenberger Waffensache tatsächlich alle notwendigen Konsequenzen gezogen würden.

Stöckl (sch. Sp.) greift Italien an. Man müsse festhalten, daß Italien ganz offen den Revisionismus unterstüzt, nicht aus Sympathien für eine Idee, sondern aus Gegnerschaft gegen Jugoslawien und Frankreich. In Mitteleuropa unterstüzt Italien alles, was gegen die Kleine Entente sei; man spreche sogar von einem militärischen Bündnis Italien-Ungarn-Deutschland.

Dr. Hajn (Nat. Dem.) interpelliert den Minister, was an den Redungen Wahres sei, die von einem neuen Dreieck Italien-Deutschland-Ungarn sprechen. Er wünscht, daß von maßgebender Seite ein energisches Wort über die Unverletzbarkeit des tschechoslowakischen Gebietes und über die Verletzung zu seiner Verteidigung falle. Krofta habe ungenügend wädhige und höfliche Ausdrücke gebraucht. Da habe sich Hajn erinnert, wie „lernig, energisch und unerstickt“ der polnische Außenminister auf die deutschen Korridoranwände geantwortet habe.

Was die Ausführungen der Redner bisher sich fast ausschließlich gegen Ungarn oder Italien gerichtet hatten, machte

Genosse Pohl

darauf aufmerksam, daß Oesterreich wirtschaftlich und politisch in schwerster Lage sei, umgeben von faschistischen und halbfaschistischen Staaten:

„Wenn es „da unten“ doch zu etwas kommen sollte, so sei die Gefahr für Oesterreich ungeheurer groß. Eine solche Gefahr könne Oesterreich aber nur bannen, wenn es streng neutral bleibe.“

Zwischen demokratischen und faschistischen Regierungsformen keinen Unterschied sehen zu wollen, ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich für die Demokratie und besonders für die Arbeiterschaft, denn in den faschistischen Staa-

den energisch Rechenschaft fordern von einer Regierung, die die Feinde des Staates, die Heimwehrputschisten vor aller Augen mit Waffengewalt herumlaufen ließ, ja selbst an der Spitze bewaffneter Heimwehrleute marschierte, während sie die Träger der republikanischen Staatsidee wehrlos macht. Sie wird es nicht dulden, daß man die Öffentlichkeit über den Dirtenberger Skandal bewußt belügt und irreführt und dafür sorgen, daß nicht faschistische Abenteurer eine Va banque-Politik treiben, die die schwerverarmte Wirtschaft gefährdet. Es muß Arbeit geschaffen werden im Sinne des Aufbaues und Schluß gemacht werden mit dem gewissenlosen faschistischen Kurs.

ten liegt eine ungeheure Gefahr für den Frieden. In dieser Hinsicht ist die Lage der tschechoslowakischen immer schwieriger, denn der faschistische Ring um die tschechoslowakische schließt sich immer mehr.

Die Vorwürfe von kommunistischer Seite, daß wir Hitler isolieren, sind historisch und sachlich völlig falsch. Ruhe, Ernst und innere Entschlossenheit sind jetzt die einzigen Aufgaben der deutschen Arbeiterschaft. Vor dem 5. März hat keine Arbeiterpartei das Recht, die Dinge in Deutschland auf die Spitze zu treiben oder darauf hinzuarbeiten, daß es überhaupt zu keinem 5. März kommt. Auch in dieser schweren Zeit geht der Kampf der Kommunisten so gut wie ausschließlich gegen die Sozialdemokraten. So bekämpft man den Faschismus nicht!

Der Bericht des Ministers zeichne sich durch seine Objektivität aus; insbesondere ist es erfreulich, daß er jede aggressive Tendenz vermissen lasse. Wir sind in einer gewissen Gefahrenzone und unsere Arbeiterschaft hat daher ein Interesse daran, daß wir nicht von diesen Beschränkungen erfaßt werden. Darum erklären wir, daß wir mit der Stillnahme des Außenministeriums und mit dem Exposee einverstanden sind.

In seinem Schlußwort betonte Dr. Krofta bezüglich des angeblichen Dreieckes Italien-Deutschland-Ungarn, daß hier eine natürliche Annäherung zwischen diesen Staaten vorliege, die daraus hervorgehe, daß die in ihnen herrschenden Regime sich ideell nahestehen; das bedeute aber noch nicht, daß zwischen ihnen der Vertrag bestünde, den Dr. Hajn erwähnt hat. Vor dem Revisionismus brauchen wir uns nicht zu fürchten; es sei überflüssig, das Volk ständig mit revisionistischen Bestrebungen zu schrecken und dadurch der ungarischen Propaganda die Arbeit zu erleichtern.

Eine offizielle Abstimmung über das Exposee fand nach den gültigen Beschlüssen der Präsidien der beiden Häuser nicht statt.

Bombenflugzeuge nach Ungarn.

Lieferant: Italien.

Paris, 15. Februar. „Eco de Paris“ bringt heute die angekündigten Einzelheiten über den Transport von 32 italienischen Jagd- und Bombenflugzeugen nach Ungarn. Die erste Gruppe — sechs Flugzeuge — flog am 29. November des Vorjahres vom italienischen Flugplatz in Tolmezzo über Billah, Graz nach Steinamanger, die zweite Gruppe — gleichfalls sechs Flugzeuge — am 4. Dezember von Tolmezzo über Fürstfeld in Oesterreich nach Barpalata in Ungarn, die dritte Gruppe — wiederum sechs Apparate — flog am 29. Dezember über Vidim gleichfalls nach Barpalata. Weitere Flugzeuggruppen zu je sieben Flugzeugen folgten am 4. und 9. Jänner von Tolmezzo nach Szegedin.

Arbeitszeitvorlage

soll von einem eigenen Subkomitee ausgearbeitet werden.

Prag, 15. Februar. Heute hielt der tschechische Genosse Taperle im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses ein Schlußwort zur Debatte über die vorliegenden Initiativanträge zur Arbeitszeitverkürzung, die schon vor geraumer Zeit in Beratung gezogen worden waren.

Taperle sah die Debatte dahin zusammen, daß sie die Anwendbarkeit der Lösung dieser Frage dargestellt habe. Man müsse schnell ein Mittel zur Arbeit einstellen, die sich in bestimmten Zweigen, namentlich im Verkehr und im Nahrungsmittelgewerbe, ständig erhält. Auch die Frage der Doppelbeschäftigung muß gelöst werden; sie wäre als Ueberzeitarbeit anzusehen. Wir dürfen in dieser Frage nicht länger zögern.

Der Referent beantragt schließlich die Einsetzung eines Subkomitees, das die vorliegenden Anträge sachlich überprüfen und einen einheitlichen Antrag zur Vorlage an das Ausschußplenum ausarbeiten soll. Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt. Von unserer Fraktion gehört dem Subkomitee Genosse Taus an. Gleichzeitig wird die Regierung ersucht werden, in der ersten Sitzung dieses Subkomitees ihren Standpunkt darzulegen.

Es darf nicht unbenutzt bleiben, daß der Kommunisten sich heute im Ausschuß über die Haupt nicht zeigen, obwohl sie wußten, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung als erster Punkt verhandelt werden wird! Daraus ist am besten zu ersehen, wie wenig ihnen selbst an derartig wichtigen Problemen gelegen ist, die das Schicksal Hunderttausender Arbeitsloser betreffen!

Im Ausschuß wurde dann auch der sozialdemokratische Initiativantrag auf Ergänzung des Gesetzes über die Bergbauschiedsgerichte verhandelt.

Es geht dabei hauptsächlich um die Beseitigung des unangenehmen Zustandes, daß die Vagrarbeiter im Bergbau keine Schiedsgerichtsinstanz finden können, da sowohl das Bergbauschiedsgericht wie auch die ordentlichen Gerichte sich für unzuständig erklären.

Nach dem Referat Protiks wurde die Verhandlung dieses Gegenstandes vertagt.

Wachstum der tschechischen Sozialdemokratie

„Právo Lidu“ berichtet über die Entwicklung der tschechischen Sozialdemokratie von 1920 bis 1932. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Zahl der Organisationen gewachsen. Während im Jahre 1929 die tschechische Sozialdemokratie über 3833 Organisationen verfügte, ist deren Anzahl bis Ende 1932 auf 5075 gewachsen. Die Zunahme beträgt 1242 Organisationen. Von den 5075 bestehenden Organisationen entfallen auf Böhmen 2716, Mähren-Schlesien 1615, Slowakei 606, Karpatenland 138. In den angeführten drei Ländern haben die Angehörigen der Partei fünf Millionen Mitglieder abgenommen. Die Anzahl der regelmäßig zahlenden Mitglieder ist um 30.000 gestiegen, der größten Zuwachs weisen die Gane Prag, Mähr.-Ostrow, Brünn und Laun auf. Einen Verlust weist kein einziger Gau auf. Eine genauere Statistik wird dem Kongress der tschechischen Sozialdemokratie vorgelegt werden, der im Herbst zusammenzutreten wird.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Jodelreiter-Verlag, Berlin.

Rechtswort verboten.

Male wagte ihrer Empörung erst Ausdruck zu geben, als sie mit Hansjürgen dabei in ihrem Bette lag. Sie betraute sich, als er ihren Horn über die Robheit der antisemitischen Ärzte nicht teilte, ja, das Verhalten der beiden bezogenen Ärzte sogar korrekt und lobenswert fand. Er beschimpfte die Juden im allgemeinen und meinte, daß gerade die christlichen Ärzte Feinde der Juden sein müßten, weil die Juden, insbesondere aber die jüdischen Ärzte, diese gottverdammten Hunde, diese plattfüßigen Beschnittener, die Seuche der Abtreibung über unser armes Volk gebracht hätten.

Von Abtreibung hatte Male schon manches münkeln hören, wußte aber nichts genaues. Datum benutzte sie die Gelegenheit, sich von Hansjürgen darüber aufklären zu lassen. Zur Illustrierung erzählte er ihr einen Fall, der sich wenige Wochen zuvor in der Leipziger Gegend abgespielt hatte. Da hatte ein siebzehnjähriger Fürsorgezögling in mehrmaligen Verkehr seine zwanzigjährige idiotische Schwester geschwängert, die seit frühen Kindesjahren infolge zweimaliger Schlaganfälle linksseitig gelähmt war. Die Kinder demütigen gemeinschaftlich ein Schlafzimmer. Ihr Vater war vor einem halben Jahr an Raderkrankheit gestorben. Die Mutter arbeitete in einer Hutfabrik und unterhielt nicht nur die zwanzigjährige Idiotin, sondern auch noch drei andere kleinere Kinder und zum Teil auch den meist arbeitslosen siebzehnjährigen. Hansjürgen fand es unverantwortlich, daß diese Leute so eng beieinanderhockten, weil dadurch naturgemäß die „Schweineereien“ der Geschwister begünstigt wür-

den. Der Arzt, der die Idiotin ständig behandelte, stellte ihre Schwangerschaft fest. Er schickte die Patientin in das zuständige Landeskrankenhaus mit dem Antrage — und das machte Hansjürgen ihm zum schweren Bormurr —, man möchte dort die Unterbrechung der Schwangerschaft vornehmen. Dr. K. begründete seinen Antrag damit, daß es sich bei der Patientin um ein einwandfreies Krankheitsbild von Idiotie handle, daß zerner zwischen den Eltern des zu erwartenden Kindes nächste Blutsverwandtschaft bestehe. Nach den bisherigen Forderungen über Vererbung sei „mit einer gehäuften Vererbung der degenerativen Anlagen“ zu rechnen. Man könne zwar annehmen, daß vielleicht keine schwere Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter durch die Geburt bestünde, immerhin aber sei nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Schlaganfall, der nun tödlich wirken könne, die Folge der Geburt sein würde.

Die Ärzte des Landeskrankenhauses hatten ein fachärztliches Gutachten gestellt, in welchem es hieß:

„Die zwanzigjährige Imbezille K. ist von ihrem siebzehnjährigen geistig zurückgebliebenen Bruder geschwängert, also besteht neben dem Schwachsinne noch engste Blutsverwandtschaft der Erzeuger. Nach unseren bisherigen Kenntnissen über die Vererbung des Schwachsinns ist mit großer, fast an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Nachkommen der K. wieder schwachsinig sein werden.“

Trotz dieser Feststellung hatten die Ärzte den Eingriff doch abgelehnt, weil eine unmittelbare Lebensgefahr nicht vorliege. Die Möglichkeit, daß die Schwangere zum dritten Male einen Schlaganfall erleide, berechtigte nicht zur Unterbrechung der Schwangerschaft, obwohl zugegeben werden müsse, daß der Eingriff vom eugenischen Standpunkte nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar erwünscht“ wäre. Aber leider sei er nach

dem heutigen Gesetz nicht zulässig. Die Ärzte gaben statt ihrer helfenden Kunst einige gute Ratsschläge, zum Beispiel, daß das Mädchen bis zum Ende der Schwangerschaft am besten nach Hause zu entlassen sei, auch, daß nach erfolgter Geburt zur Verhütung einer neuen Schwangerschaft der dauernde Aufenthalt in einer Anstalt für Geisteskrante erwünscht sei. Als Dr. K. von diesem Gutachten erfuhr, war es allerdings zu einem Eingriff ohnehin zu spät. In der Annahme, ein solcher Fall gehe die Öffentlichkeit sehr an, übergab er ihn den Zeitungen. Deswegen wurden ihm heftige Vorwürfe gemacht und Males Liebster, der Student der Rechtswissenschaft Hansjürgen Howald, beschimpfte ihn als jüdischen Volksverderber.

Male war nicht ganz der Meinung ihres Geliebten, aber sie getraute sich nicht, ihm das zu sagen. Denn sie liebte ihn, weil er ein Mann und Jurist war.

Ein Ehrenmann und noch ein Ehrenmann.

Nach einer der schönsten gemeinsam verbrachten Nächte mußte Male ihrem Liebsten gestehen, daß sie schwanger sei. Der Student erschrak erst, verbarg aber seinen Schrecken schnell hinter einem jüdischen Lächeln. Nun ja, das sei eben die natürliche Folge und dagegen ließe sich nichts machen. Der üblichen Berechnung nach könne es sich natürlich höchstens erst um das Stadium des zweiten Monats handeln, falls Male nicht vor ihm einen andern beglückt habe.

Male geriet in ungeheure Bestürzung. Wie er ihr das zutrauen könne! Er wisse doch, wie sehr sie ihn liebe. Wie es überhaupt für sie undenkbar sei, einen andern zu lieben. Er blieb spöttisch, Gewiß doch, aber bei ihrem Verstehe erwarte kein Mensch von ihr, daß sie sich wie eine Körner benehme. Was sie für Verhältnisse vor ihm gehabt habe, wisse er ja nicht. Aber sollte sich mit Sicherheit herausstellen, daß kein anderer

als er in Frage komme, werde er sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen können.

In Male fiel alles zusammen. Sie erlitt einen Weinkrampf. Wie er so mit den Händen in den Taschen und zweifelndem und doch spöttischem Gesichte vor ihr stand, hätte sie ihn erwürgen mögen. Aber ihre Entrüstung und ihre Mut ließen nach, als er sie mit einigen banalen Worten tröstete und ihr versicherte, daß nach seiner Erfahrung mit der Zeit auch ein Rat kommen werde. Vorkünftig sei ja noch gute Weile bis dahin. Sie werde ja auch trotz ihres Zustandes, den ihr kein Mensch anmerke, noch ein paar Monate bedienen können, also Geld verdienen. Und zum Schluß hat er sie, wie schon des öfteren, ihm mit etwas Geld auszuheilen. Male bedachte sich keinen Augenblick, ihm die diesmal außergeröhnlich hohe Summe zu geben. Es waren einhundertfünfzig Mark, fast ihre ganzen Ersparnisse.

Hansjürgen Howald ließ seine Liebste im Bette zurück. Er mußte pünktlich auf dem Festboden seiner Verbindung sein, wollte aber vorher, was er Male freilich nicht sagte, gut schlafen. Er hatte ja jetzt Geld in der Tasche.

Male war kaum aufgestanden, als es klingelte. Ihre Wirtin sagte, ein Herr Jeder wünsche das Fräulein Habenicht zu sprechen. Sie hatte sich kaum notdürftig zurechtgemacht, als er schon eintrat. Er schien nicht minder aufgeregt als Male selbst, die sich nicht vorstellen konnte, was der Prinzgemahl aus der „Walhalla“ von ihr wollte.

Die Nachbarinhaft der „Walhalla“, unter Aufsührung der Frau, bei der Male in Wohnung gewesen war, hatte der Walhallawirtin ein geistliches Verfahren wegen unerlaubten Alkoholausschankes angehängt. Males Nachfolgerinnen in der „Walhalla“ hatten vor Gericht beschworen, daß in der „Walhalla“ kein Alkohol ausgeschankt werde, so daß ein Freispruch der angeklagten Wirtin wahrscheinlich werden mußte. (Fortsetzung folgt.)

„Das Recht, ein Werkzeug der Politik.“

Zu diesem schönen Thema hat im Budgetausschuß des Senats ergründeter Herr Senator Jeller das Wort ergriffen und „Der Tag“ gibt seiner Rede den obigen zweispaltigen Titel.

„Wir haben“, so sagte Herr Jeller, heute eine Ausrechnung des autoritären Systems auf das Staats- und Volkswesen überhaupt vor uns. Es gibt da nur zwei Wege: Vernichtung des Widerstrebenden oder Kompromiß. Dieses Kompromiß wäre gerade für die Udchowslawski eine Chance, den Staat zu stabilisieren.“

Wir haben streng nach jener Ausgabe des „Tag“ zitiert, in der eine furchtbare Bluttat der Fledener SA-Banditen gezeichnet, die Vernichtung des Widerstrebenden“ gelobt wird. „rote Bonzen fliegen“, daß nämlich die Gewalt an die Stelle des Rechts gesetzt wird, ist die dem „Tag“ ebenfalls ein Anlaß zum Triumphieren.

Derselbe „Tag“, der jeden Mord der NS-Bejubelt, der die Vernichtung der deutschen Republik begeistert begrüßt, der sich vor Freude überschlägt, wenn Recht und Verfassung mit Füßen getreten werden, dieser selbe „Tag“ tritt dort, wo seine Hintermänner zu schwach sind, ähnliches zu tun wie die Herren Göring und Hitler und ihre schurkischen Untergebenen, für den Kompromiß ein.

In Deutschland sind die Nazis für die Rechtfertigung des Volkes, für die Gewalt als ausschließliches Mittel der Politik, aus der sie das von Jeller gemeinte Recht schon lange dadurch verbannen, daß sie es mit Füßen treten. In Deutschland sind die Nazis blutige Despoten und „Der Tag“ und Herr Jung erbot ihnen die brüderlichsten Grüße.

Diese Befinnung, diese Niedertracht, diese Halschheit und Feigheit werden wir nicht nur durch unsere Presse ununterbrochen enthüllen und brandmarken.

Wo immer die Nazis es wagen werden, sich an das Volk zu wenden, wo immer sie, die verhöhrten Kollegen der Hitlerschen Mordbanditen, von Recht und Gerechtigkeit und deutscher Freiheit sich zu reden unterstehen werden, dort werden sie die so-„demokratischen Arbeiter finden, denen sie Flehenschaft geben müssen für die Taten ihrer eigenen Mörder- und Despotengefährdung, die aus jeder Zeile des „Tag“ spricht.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden nicht säufeln, sondern mit den Vernichtern der deutschen Freiheit, den Gefinnungsverwandten derer, die unsere Klassengenossen werden und sich dessen freuen, so reden, wie sie es verdienen.

Der Handelsminister der Bourgeoisie.

Ein Gierhals des Herrn Ratowel

Das Exposé des Handelsministers Ratowel im Senatsbudgetausschuß gleich aufs Haar genau der Rede eines jungen Industriellenkreises, der sich bei seinen Gottsobersten erst einmal richtig einhauen will.

Er mahnte zunächst um Himmelwissen bei jeder offiziellen Preislenkungsaktion zu größter Vorsicht, weil man heute nicht mit Sicherheit feststellen könne, welche Preisrelation gerechtfertigt sei. Preislenkungsmaßnahmen auf diesem Gebiet müßten „Anruhe“ erregen (offenbar dieselbe „Anruhe“, die Herr Ratowel bereits bei jeder bloßen Erwähnung der 10-Stundenwoche empfindet). Die Grundzüge unseres Wirtschaftssystems müsse die Privatinitiative bleiben, und alles sei zu vermeiden, was diese Initiative untergraben könnte.

Herr Ratowel legte der Minister meinetwegen für die Unternehmer an den Tag, weil sie in einer schredlichen Zwangslage geraten seien: auf der einen Seite verringerte Erwerbsmöglichkeiten und die Preislenkung, auf der anderen die erhöhten Aufwände der Finanzverwaltung. Der geradezu fanatische Rückgang der Erwerbssteuer seit der Steuerreform des Bürgerblocks suchte Ratowel mit dem Hinweis zu entschuldigen, daß heute die Handels- und vor allem die Umsatzsteuer gar nicht mehr auf den Käufer überwälzt werden könnte (!).

Auch den Kartellen will er nicht ein Haar kümmern. Man müsse zunächst ein Instrument suchen, das gestattet, in allen Fragen Klarheit zu schaffen und eine verlässliche Wertung der Tatsachen sowie eine verlässliche Information der Öffentlichkeit zu ermöglichen. (Vielleicht betraut man mit dieser ehrenvollen Aufgabe gleich das Propagandabüro einer Seidenerorganisation der Kartelle?)

Die Biergigstundenwoche scheint dem Herrn Minister „noch nicht geklärt“, es scheint unerlässlich zu sein, daß es zu einer lokalen Regelung im internationalen Maßstab komme.

Kur gegen den verteuerten Zwischenhandel sprach der Herr Minister doch ein paar schwache Worte (man dürfe keine überflüssigen Glieder und Einflüsse dulden, die sich in den wesentlichen Produktionsapparaten einbringen), aber selbst diese Worte wurden durch eine tiefe Verbeugung vor dem „exzellen“ Handel sofort wieder abgeschwächt.

Budgetausschuß des Senats.

Zum Kapitel „Öffentliche Arbeiten“ sprach

Genosse Reyl:

Im Jahre 1930 wurde aus Mitteln der Staatlichen Hütten- und Bergwerke das Hotel „Prada“ in Marienbad gekauft. In keinem Voranschlag ist zu finden, was in dieses Hotel investiert wurde und kein Rechnungsabschluss gibt darüber Aufschluß.

für welchen Betrag wurde das Hotel gekauft, aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke gebohrt das, warum kauften gerade die staatlichen Berg- und Hüttenwerke das Hotel?

Im Zusammenhang damit möchte ich folgendes erwähnen: Wir haben ein Geleit, infolge der Rednerliste aus den Reihen der Bergwerke einen Anspruch auf einen 10prozentigen Anteil haben. Es ist bezeichnend, daß die Rednerliste der staatlichen Bergwerke diese Beträge nicht

bestimmen, u. zu infolge der Rechnungs-läufe der Zentralverwaltung. Der Anspruch besteht und wurde auch durch eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vor zwei Jahren anerkannt. Warum erhalten die Rednerliste nie den ihnen gesetzmäßig zustehenden Anteil?

Von den Vertretern des Ministeriums wurde dem Gen. Reyl schriftliche Antworten auf seine Anfragen zugelegt.

Die Kriegsvorbereitungen im Fernen Osten.

„Vor einer der blutigsten Schlachten.“

„Truppenmassen in Jehol.“

Peking, 15. Febr. (Reuter.) Hier herrscht allgemein die Ansicht vor, daß der Ferne Osten am Vorabend einer der blutigsten Schlachten steht, die je in diesem Erdteile ausgefochten wurden. Die chinesische Presse teilt mit, daß der Finanzminister sich bemühe, 20 Millionen Dollar für Kriegszwecke zu sammeln und die Pekingler und Tientsiner Bankiers sich erbötig gemacht haben, allein 5 Millionen Dollar aufzubringen. Die aus chinesischer Quelle stammenden Meldungen aus der Mandchurei besagen, daß in der Provinz Jehol das japanische Militär andauernd konzentriert wird. In japanischen Kreisen werde damit gerechnet, daß die Offensive am 26. Febr. aufgenommen werde. Ihr Vorgehen soll bereits am 1. März, dem ersten Jahrestag der Errichtung des Freistaates Mandchuko, abgeschlossen sein.

Auch die Chinesen haben in Jehol eine große Armee angeammelt. Es scheint sicher, daß die Japaner vor Entfaltung ihrer Aktion die Chinesen zur Räumung der Provinz auffordern werden. Nichts erscheint aber unwahrscheinlicher, als daß diese Forderung erfüllt werden würde. Die Japaner haben wiederholt versichert, daß sie bei ihren Operationen die chinesische Mauer nicht überschreiten werden. Die chinesische Presse erinnert an diese Kundgebungen Japans und legt die Frage vor, ob die Japaner nicht auch auf Teile der Provinzen Kansu, Schansi, Sinkiang, der Kwantung u. a. abgesehen haben. Schließlich wird die Regierung aufgefordert, eine Kriegsanleihe zur Zeichnung aufzulegen, welche von allen chinesischen Bürgern gezeichnet werden würde.

Endgültige Regelung der Gemeindefinanzen

derzeit unmöglich!

Mittwoch, den 15. Febr., trat die in der letzten Zeit so viel genannte Kommission, welche die Aufgabe hat, alle Vorbereitungen für die finanzielle Rettung der Gemeinden und Bezirke zu treffen, unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Trapl zu einer Sitzung zusammen. Gleich vornweg sei gesagt, daß die Ausdehnung dieser ersten Sitzung sehr gering und auch nicht sehr hoffnungsvoll ist. Finanzminister Trapl schilderte in seinem Exposé die Ursachen der schlechten Finanzlage der Selbstverwaltungskörper, die er einestheils in dem erhöhten Aufwandskreis der Gemeinden und Bezirke in der Nachkriegszeit und andererseits in den vermehrten Lasten sieht, die den Selbstverwaltungskörpern durch die Gesetzgebung auferlegt wurden. In den letzten Jahren besonders durch die Arbeitslosenfürsorge. Trapl legt der Sitzung drei Fragen vor, welche die Kommission zur Grundlage der Spezialberatungen machen soll: 1. Zweckmäßige Verwendung der Investitionsmittel, 2. Prüfung der Forderung eines Investitionszuschlages, 3. Regelung der Arbeitslosenfürsorge, insbesondere der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Es sei in dieser Zeit eine definitive Lösung des Finanzproblems der Selbstverwaltungskörper unmöglich, nicht ausschließen, daß man auf sie bei einer provisorischen Finanzaktion Rücksicht nehme, d. h. bei allen Maßnahmen die zur Hilfeleistung für die Gemeinden, Bezirke einschläge, die bei der endgültigen Regelung weiter benötigt werden können. Er sieht in der gleichmäßig festgelegten Zuschlagsnorm und in einem geschickten festgelegten Schlüssel zur Aufteilung des Zuschlagsergebnisses den Ausweg aus der gegenwärtigen Situation. Er weist an Hand von Zahlen nach, daß im Jahre 1930 450 Prozent an Zuschlägen genügt hätte, um das Ergebnis zu zeitigen, das auf Grund der vorhandenen Finanzgesetze erreicht worden ist, und das bei Ausnützung der bestehenden Zuschläge bei allen Selbstverwaltungskörpern 116 Millionen Kronen mehr erzielt worden wären, als 1930 tatsächlich aufgebracht wurden. Er tritt für die Einhebung eines Investitionszuschlages ein und fordert die Änderung der Regierungsverordnung 144/31 zum Straßensatz, damit die Bezirke, die nicht mehr selbständig wirtschaften, ebenfalls Subventionen aus diesem Fonds erhalten können. Weiter die Einführung einer Abgabe für unverbauten Grund und Boden in Luxuslokalen, wobei für letztere die in der Stadt Prag geltenden Vorschriften als Norm empfohlen werden sollen. Schließlich noch die gesetzliche Bestimmung für Steuerabschreibungen, so daß auch die Gemeinden bei den Verhandlungen über Steuerabschreibungen als Partei zu betrachten sind und daß bei einer Ablehnung der Abschreibung von ihrer Seite die auf die Gemeinde entfallenden Zuschläge von Steuern, nicht abgeschrieben werden können.

In der Debatte erklärten fast alle Redner, daß an eine endgültige Regelung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper derzeit nicht zu denken sei, weil in der Zeit der Wirtschaftskrise alle Voraussetzungen hierzu fehlen, man könne jetzt nur die Vorbereitungen für diese Regelung leisten. Von den tschechischen Mitgliedern der Kommission entwickelte nur Herr Pögel ein umfangreiches Programm für die Verbesserung der Gemeindefinanzen, das aber in der Hauptsache eine Erweiterung der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Regelung der Gemeindefinanzen herbeiführen will.

Die Sitzung beschloß, vier Unterkommissionen zu bilden, die nun an die Arbeit gehen sollen, um das Finanzwesen der Selbstverwaltungskörper in geordnete Bahnen zu bringen. Man bildete die Kommissionen: 1. Kreditlinien und wirtschaftliche Fragen, 2. Kommission für allgemeine Gemeindefragen, 3. Bezirke und 4. Land. Kommissionen im Staat haben selten schnelle Erfolge gezeitigt. Möge es hier anders sein!

Für den Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper legte Herr Dr. Franz die Forderungen des Verbandes nieder, die sich vollständig mit jenen decken, die der Verband bei der Botsprache im Finanzministerium und dem Ministerpräsidenten aufstellte und die damals in unserem Blatte wiedergegeben wurden.

Die Forderungen der deutschen Sozialdemokraten unterbreitete Genosse Landesauschub-

Ein Maximalprogramm des Arbeitsministeriums:

2220 Millionen für Investitionen.

Zuschuß von 1330 Millionen aus der Investitionsanleihe erforderlich.

Prag, 15. Febr. Arbeitsminister Dostal erklärte gestern im Budgetausschuß des Senats unter anderem:

Das Ministerium hat die in sein Ressort fallenden dringlichen und bereits vorbereiteten Investitionsarbeiten in einem ausführlichen und detaillierten Investitionsprogramm zusammengestellt, das Banten und Lieferungen mit einem Gesamtaufwand von 2220 Millionen Kč vorsieht; hierzu wäre aus dem Ertrag der Investitionsanleihe ein Zuschuß von 1330 Millionen Kč erforderlich. Von den nicht angesprochenen rechenbaren Investitionen hält der Minister für die wichtigsten die Straßen- und Brückenbauten und Lieferungen für das Flugwesen, die zusammen mit Investitionen in der Schiffahrt sicher beträchtlich zur Wiederrichtung der Arbeitslosigkeit auch in der Maschinenindustrie beitragen könnten.

bereitet sind, daß man schon heute mit ihnen beginnen könnte. Die zugewiesenen Mittel würden allerdings nur nach und nach verbraucht werden, und zwar spätestens binnen vier Jahren. Der Minister lege eben jetzt dieses Investitionsprogramm der Regierung vor.

Sanierung der Bergarbeiterversicherung: Die Ausarbeitung eines solchen Autoges wurde einer besonderen Kommission anvertraut, deren Arbeiten derzeit vorwärtsschreiten, daß mit der Behandlung der Vorlage bis zum Jahresabschluss gerechnet werden kann.

Einheitliches Straßengesetz: Schon im Jahre 1932 wurde eine Vorlage eines einheitlichen Gesetzes über öffentliche Straßen und Wege ausgearbeitet. Sobald die Stellungnahme der übrigen Ressorts hierzu vorliegt, wird man an die systematische Bearbeitung dieser Vorlage gehen.

Kohlenpreise: Das Ministerium hat bereits Schritte unternommen, um die notwendige Herabsetzung der Kohlenpreise durchzuführen.

Der „Vorwärts“ zum zweitenmal verboten!

Berlin, 15. Febr. Auf Grund der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes sind die in Berlin erscheinenden Tageszeitungen „3-Uhr-Abendblatt“ und „Vorwärts“ mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 22. d. verboten worden. Begründet wird das Verbot des „3-Uhr-Abendblattes“ mit einem Artikel in der Dienstag-Ausgabe „Sind Sie nicht auch der Meinung?“, der sich mit den politischen Zusammenhängen in Eisleben beschäftigt, das Verbot des „Vorwärts“ mit einem Artikel in der Dienstag-Morgenausgabe mit der Uberschrift „Für die Wahrheit. — Der Blutsonntag in Eisleben.“

Weitere Zeitungsverbote.

Magdeburg, 15. Febr. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Magdeburg erscheinende sozialdemokratische „Volkstimme“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Weiter hat der Oberpräsident das in Erfurt erscheinende „Thüringer Volksblatt“, Organ der kommunistischen Partei, auf fünf Tage verboten.

Pollizei-Bekleidung für SA

Frankfurt a. Oder, 14. Febr. (Ein. Funkn.) Die sozialdemokratische Fraktion des Stadiparlaments hat an den Oberbürgermeister eine schriftliche Anfrage gerichtet, in der Auskunft darüber erbeten wird, ob es zutrifft, daß Frankfurter Polizeibeamte in den Revieren von vorgeschierter Stelle aufgefordert worden seien, Dienstbekleidung, und zwar besonders Hüfen, für die Mitglieder der SA abzugeben. In den Polizeirevieren, so heißt es in der Anfrage weiter, liegen Listen auf, in die sich die Polizeibeamten, die in der Lage seien, Dienstbekleidungsstücke abzugeben, einzuschreiben sollen.

Hochverratsschnüffler im Reichstag.

Berlin, 15. Febr. Die politische Polizei nahm, wie bereits gerücheweise gemeldet wurde, heute abends mit Genehmigung der zuständigen Stellen wegen dringenden Verdachts vorbereitender Handlungen zum Hochverrat eine Durchsuchung in Räumen des Reichstages vor. In denen eine kommunistische Versammlung von Angestellten und Betriebsvertretern tagte.

Sie narren das Reichsgericht!

Berlin, 15. Febr. Die Reichsregierung hat, wie das Comi-Büro hört, beim Staatsgerichtshof beantragt, die Frist für Beantwortung der

Weißer Zähne: Chlorodont

Klagechrift der Regierung Braun-Severing, die ursprünglich morgen abläuft, zu verlängern. Außer durch Ministerialdirektor Gottschalk wird das Reich in Leipzig auch durch den Rechtsanwalt Gebelein Justizrat Wildhagen vertreten werden.

Noch zwei Todesopfer in Eisleben.

Eisleben, 15. Febr. Die blutigen Ereignisse vom Sonntag haben zwei weitere Todesopfer gefordert. Im städtischen Krankenhaus in Eisleben sind in der vergangenen Nacht der 21 Jahre alte erwerbslose Zimmermann Helm und der 30 Jahre alte erwerbslose Bergmann Schneider, beide aus Eisleben, ihren schmerzhaften Verletzungen erlegen. Beide gehörten der KPD an.

Neuwahlen in Holland.

Haag, 15. Febr. Königin Wilhelmina hat heute die Zweite Kammer aufgelöst. Die Neuwahlen sind auf den 26. April anberaumt worden. Die gegenwärtige Kammer soll jedoch nur bis 6. Mai Sitzungen abhalten können. In diesem Tage soll die derzeitige Sitzungsperiode der Generalstaaten, d. h. der Vereinigten Ersten und Zweiten Kammer, geschlossen werden. Der Zusammentritt der neuen zweiten Kammer soll am 9. Mai erfolgen.

Kabinettskrise in Belgien

Brüssel, 15. Febr. Ministerpräsident Broqueville hat die Demission des Kabinetts erklärt. Bei einer belanglosen Abstimmung über die Ungültigkeitserklärung einer Gemeindevahl geriet die Regierung durch ein Zusammengehen einiger Liberaler mit den Sozialisten mit 72 gegen 82 Stimmen in die Minorität. Man nimmt an, daß tiefere Gründe, die in gewissen Gründen der katholisch-liberalen Zusammenarbeit liegen, den Ministerpräsidenten zu seiner Rücktrittserklärung veranlaßt haben.

Einspruch des französischen Senats.

Er fordert Sonderabgabe von Beamtengehältern.

Paris, 15. Febr. Der Finanzausschuß des Senats hat die von der Kammer beschlossene Krisensteuer abgelehnt, und durch eine 5prozentige Sonderabgabe auf alle Beamtengehälter über 7000 Francs ersetzt. Andererseits sollen sämtliche Beamtenaufwandsentschädigungen um 10 Prozent gekürzt werden, ebenso die Diäten der Parlamentarier.

Weiterer Rückgang unseres Außenhandels.

Nach den Erhebungen des Statistischen Staatsamtes betrug im Jänner 1933 (gegen Jänner 1932) unsere Einfuhr 388,255.000 K (707,697.000), die Ausfuhr 388,731.000 Kronen (575,509.000). Es ist also die Einfuhr im Jänner des heurigen Jahres auf 55 Prozent des Wertes der Einfuhr vom Jänner 1932, die Ausfuhr auf 68 Prozent in derselben Zeit des Vorjahres gesunken!

Das Denkmalgesetz wurde gestern im Senat in einer kurzen Sitzung angenommen. Der Referent Dr. Kapraß hob die Verdienste Rasins um die Währung und die Stefaniks um die Schaffung der tschechoslowakischen Armee hervor. Die einzige Debattensprecherin, eine Kommunistin, legte sich in der Kritik der beiden Staatsmänner keine wie immer geartete Reserve auf. Ihr Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt und die Vorlage in beiden Lesungen angenommen. Sie wird also noch rechtzeitig vor dem zehnjährigen Todestag Rasins, der auf diesen Samstag fällt, in der Seiersammlung verlautbart werden können. — Weiter wurde in dieser Sitzung der kommunistische Senator Pokora wegen Ehrenbeleidigung angeklagt, weil er dem Bräutigam bei einer Konfrontation vor der Polizei in Chust „Du lägst, du Hund!“ zugerufen und vor ihm ausgespuckt haben soll. — In der nächsten Plenarsitzung, die für Montag, den 20. Febr., um 16 Uhr, einberufen ist, wird der Bericht des Budgetausschusses aufgelegt werden. Auf der Tagesordnung steht lediglich der Staatsrechnungsbilanz für 1931 und eine Immunität.

Lohnregelung in der Landwirtschaft in Böhmen für das Jahr 1933 genehmigt. Im Landesbeiräte für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft für Böhmen wurde am 14. d. M. volle Einigung in der Lohnregelung in der Landwirtschaft für das Jahr 1933 erzielt. Es wurde beschlossen, die Gültigkeit der „Richtlinien“ vom Jahre 1932 auch für das Jahr 1933 zu verlängern, so daß sowohl den Deputatisten, als auch den Tagelohnern sämtliche bisherigen Naturalbegünstigungen und Prämien erhalten bleiben. Die Monatslöhne der Deputatisten — mit Ausnahme der Futterbaugelände mit den niedrigsten Löhnen — werden durchschnittlich um 6,6 Prozent reduziert, die Stundenlöhne der Tagelöhner um 5 Heller pro Stunde. Der Arbeitsvertrag für landwirtschaftliche Saisonarbeiterpartien aus den Uebersehungsbezirken Böhmens und der mährischen Slowakei vom Jahre 1932 bleibt ebenfalls unverändert bis auf eine Prozentige Herabsetzung der Stundenlöhne.

Kommunistische Musterbetriebsmänner. Der „Müchlauf“ bringt eine Reihe von Mitteilungen über das Verhalten kommunistischer Vertrauensmänner auf Schächten, die den Charakter dieser Herrschaften ins rechte Licht rücken. So ist auf dem Refektorium in Ofegg ein Kommunist namens Draxl beschäftigt, der im Jahre 1929 sogar Obmann des Betriebsrates war. Für sein braunes Verhalten erhielt er von der Betriebsleitung verschiedene Baumaterialien geschenkt, die einen Wert von 20.000 bis 22.000 K hatten. Der Betriebsleiter der Gruben sagte ausdrücklich, daß man einen „radikalen“ Betriebsrat beschicken müsse, wenn man ihn verändern wolle. Aus dem Wilschacht in Haan wieder ließ sich ein kommunistischer Betriebsrat seinen Verdienst aus den Lohnbüchern austragen, weil ihm von der Belegschaft sein hoher Verdienst vorgeworfen wurde, der andere kann im Werksteich fischen, was anderen streng verboten ist, der dritte wiederum bekämpft eine Werkwohnung. Angesichts der bevorstehenden Betriebsratswahlen im nordwestböhmisches Bergbau werden die Bergarbeiter aus diesem Verhalten der kommunistischen Vertrauensmänner die Lehre ziehen können.

Noch ein Krieg in Südamerika! Kolumbien—Peru.

Bogota (Kolumbien), 15. Febr. Die Feindseligkeiten zwischen kolumbianischen und peruanischen Militärabteilungen wurden am Dienstag mit der Bombardierung des kolumbianischen Kriegsschiffes „Gordoba“ durch peruanische Flugzeuge auf dem Flusse Putumayo unweit der Stadt Tarapaca eröffnet. Ein von einem Deutschen gesteuertes kolumbianisches Flugzeug eilte zu Hilfe und nötigte gemeinsam mit anderen Flugzeugen die peruanischen Flugzeuge zum Rückzug.

Japanisches Wirtschaftsbarometer zeigt Sturm.

Tokio, 15. Febr. (Reuter.) Die Effektenbörsen in Tokio und Osaka wurden in Anbetracht des starken Rückganges aller Werte, der durch die ungünstige Situation in Genf verursacht wurde, geschlossen.

Kommunistenrazzia in Rumänien.

Bukarest, 15. Febr. Die politische Polizei hat heute nachts in den wichtigsten Städten Rumäniens viele kommunistische Agitatoren verhaftet. In Konstanza feuerte einer der Verhafteten mehrere Revolverkugeln auf die Polizisten ab. Ein Polizeikommissar wurde verletzt. Dann jagte sich der Attentäter eine Kugel ins Herz und starb nach einer Stunde im Krankenhaus. Später wurde festgestellt, daß der Selbstmörder Sowjetkuriere und der Führer der kommunistischen Bewegung in Konstanza war.

Tagesneuigkeiten

Das Vergunglied in Schlesien.

Bisher nur vier Verschüttete gerettet.

Breslau, 15. Febr. Von den auf der Königin Luise-Grube in Hindenburg verschütteten zehn Bergleuten wurden, wie das Oberbergamt mitteilt, vier Mann lebend, wenn auch mit mehr oder weniger schweren Verletzungen, geborgen. Ein Toter ist halb frei gelegt. Das Schicksal der übrigen ist ungewiß. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß sie noch am Leben sind.

Zugsunfälle

in Pilsen und in der Slowakei.

Auf der Strecke zwischen Kralowany und Sucha Hora in der Slowakei kam es gestern früh zu einem Eisenbahnunglück, bei welchem zehn Personen verletzt wurden. Ein Motorzug fuhr auf einen Felsblock auf, welcher die Schienen verbarrikadierte, und entgleiste dabei. Der Verkehr war fünf Stunden lang unterbrochen.

Bei der Einfahrt des Personenzuges 1222 in den Pilsener Hauptbahnhof entgleisten gestern gegen 13.15 Uhr, höchstwahrscheinlich wegen falscher Stellung der Einfahrtweiche die Lokomotive und der Dienstwagen dieses Zuges. Drei Reisende erlitten leichte Verletzungen. Vom Eisenbahnpersonal wurde niemand verletzt. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Riesenschlange im Hungerstreik.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Im Budapestier Tiergarten führt eine brasilianische Riesenschlange einen Hungerstreik durch. Sie wurde vor einem Jahre von der Leitung des Budapestier Tiergartens erworben und seit dieser Zeit nimmt sie keinerlei Nahrung zu sich. Um nicht den Tod der Schlange herbeizuführen, machte man eine Probe mit der künstlichen Ernährung der Riesenschlange. Hierbei wurde der Mund des Tieres gespreizt und durch einen Gummischlauch wurden drei weiche Eier in den Rachen der Schlange eingeführt. Sie schluckte auch die Eier hinunter. — Diese Art der künstlichen Ernährung der Schlange wird fortgesetzt.

Wegen eines Mädchens

Ward bei einer Hochzeit.

Raschau, 15. Febr. In Remecka Poruba in der Tschechoslowakei fand eine Hochzeit statt, in deren Verlaufe Michal Michalis und Juraj Cukila wegen eines Mädchens in Streit gerieten. Michalis stieß in dem Gasthause, in dem die Hochzeitsfeier abgehalten wurde, seinem Gegner ein Küchenmesser mit aller Gewalt derart in den Schenkel, daß dieser, ehe noch ein Arzt kam, verstarb. In seinem Todestampfe zog Cukila noch einen Revolver aus der Tasche und gab aus diesem drei Schüsse ab. Durch den letzten der Schüsse wurde der in der Nähe stehende Juraj Papik verwundet. Michalis wurde festgenommen und in die Haft des Gerichtes in Sobrance eingeliefert. Zur Tat will er sich nicht bekennen, doch wurde er derselben überführt. Der Fall ist um so tragischer, als der Bruder Cukilas vor einem Jahre ebenfalls durch Mordhand fiel.

Drei Kilometer vom Zuge mitgeschleift.

Auf der Eisenbahnlinie Leimberg—Jaworow ereignete sich ein nicht alltäglicher Unfall. Der Abendzug fuhr gerade in die Station Wererzpa ein, als der Lokomotivführer von unter der Lokomotive her Schreie hörte. Als der Zug stehen geblieben war, fand man vor den Rädern der Maschine einen Mann, der sich unter Aufbietung der letzten Kräfte an einem Haken des Schneepflugs festhielt. Es war ein Bauer aus Weterzpa, namens Stefan Ciapal, der auf einem Schlitten mit seinem Bruder aus dem Walde nach seinem Dorfe zurückkehren wollte. In der Dunkelheit bemerkten sie den heranankommenden Zug nicht und als sie die Schienen überqueren, wurde der Schlitten gerade noch im letzten Augenblick von der Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert. Die Pferde gingen mit dem Gefährt durch, während die Brüder Ciapal herunterfielen. Einer landete im Graben, während Stefan direkt vor den Schneepflug der Maschine geriet. Drei Kilometer weit wurde er mitgeschleift, ohne schwerere Verletzungen zu erleiden. Erst am Bahnhof Wererzpa wurde er aus seiner gefährlichen Lage befreit.

Noch sieben Vermisste in Reuntirchen

Bisher 61 Opfer.

Reuntirchen, 15. Febr. Es sind wieder fünf Tote aus den Trümmern geborgen worden, so daß die Zahl der Opfer jetzt 61 beträgt. Vermisst werden noch sieben Personen.

Wilderer in einer Wolfsfalle.

Der Waldarbeiter Jura Biroväs aus Bohdan (Karpatorusland), der in Begleitung seines Freundes Jisa Meca auf Wildjagd ausging, verfiel sich in einer Wolfsfalle, die im Schnee versteckt war. Meca gelang es nach großer Anstrengung, den Biroväs aus der Falle zu befreien und beide Wildjäger stahlen dann die Falle. Auf dem Rückwege stellte sie der

Waldwächter, der sie einer Gendarmepatrouille übergab. Biroväs war durch das Hängenbleiben in der Wolfsfalle beträchtlich verwundet worden.

Kriegslügen. Wer erinnert sich nicht der Schauererzählungen, mit denen während des Krieges die Stimmung der Volksmassen „belebt“ wurde! Die Franzosen erzählten, deutsche Soldaten schnitten den Kindern die Hände ab, die deutsche Presse wußte die entsetzlichen Dinge über die belgischen Franktireurs zu erzählen und so kam es, daß das blutige Geschäft auf vier Jahre ausgedehnt wurde. Ohne die Kriegslügen hätte das Morden früher geendet, ohne die Propagandalügen hätte es wahrscheinlich gar nicht begonnen. Die Greuelpropaganda ist aber auch ein beliebtes Mittel im Bürgerkrieg. Sie wird regelmäßig von den Weißen angewandt, die ihre furchtbaren Taten mit ihnen zu rechtfertigen versuchen. — So erzählen die Naziblätter, harmlose SA-Leute seien in Eisleben von schießenden Kommunisten überfallen worden, die sich schließlich hinter — Kindern verschanzten hätten. „Der Tag“, das Organ der sudetendeutschen Nationalsozialisten, druckt diese Lügen ab; er stellt sich an die Seite der Mörder, die in Eisleben aus bloßer Zerstörungswut ein kommunistisches Parteihaus vernichteten, die aus Wutlust Kommunisten erschlugen und Frauen und Kinder niederknüppelten. Das Gegenteil dessen ist wahr, was „Der Tag“ meldet; das ist nicht nur von sozialdemokratischen Sonderberichterstatern, sondern auch von der Eislebener Polizei festgestellt worden. Die Worte verjagen bei der Schilderung des Entsetzlichen, dessen sich die SA-Mordbanditen in Eisleben schuldig machten. Sie verjagen bei der Kritik einer Presse, die den Greuelstaten Beifall klatscht und die Ueberfallenen, die Toten und Schwerverletzten, schmächt.

Interessantes aus Reuntirchen. Vor drei Jahren, als der inzwischen explodierte Gasbehälter in Reuntirchen gebaut wurde, haben die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat protestiert, daß dieser Gasbehälter, der weitgrößte Europas, mitten in eine bewohnte Gegend gesetzt wurde. Neben dem Gasbehälter läuft eine der belebtesten Straßen des Saargebietes, die Straße nach Saarbrücken. Hundert Meter weiter befindet sich eine Schule mit 500 Kindern. Zum Glück war die Schule zur Zeit der Explosion leer, sonst wären Hunderte von Kindern umgekommen. Die Frau des Schuldieners ist durch die Explosion durch das Fenster ihrer Wohnung auf die Straße geschleudert worden. Die zerstörten und vom Erdboden vertilgten Wohnhäuser lagen unmittelbar neben der Explosionsstätte. Die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeinderat wurden damals überstimmt.

Die Schriftstellerin Rosa Keller, gegen die bekanntlich wegen ihrer Angaben eines politischen Ueberfalles ein Verfahren wegen Irreführung der Behörden schwebt, ist heute über das Befehl des Landesgerichtes in ihrer Wohnung festgenommen und verhaftet worden.

Ende eines Unmenschen. Das Schöffengericht Hildesheim verurteilte den Schneider Koch, der seinen dreijährigen Sohn Karl Heinz mit einem Militärkoppel derart geschlagen hat, daß das Kind an den Folgen verstarb, zu fünf Jahren Zuchthaus. In der Nacht zum Dienstag hat sich Koch in seiner Zelle erhängt.

Talsperrenunglück. In der spanischen Provinz Granada wurden 16 bei einem Talsperrenbau Beschäftigte Arbeiter durch einen 450 Tonnen schweren Erdblock verschüttet. Sechs Arbeiter wurden getötet, zehn zum Teil schwer verletzt.

Todesopfer einer Explosion. In einem Zementwerk in Oshensurt (Niederlande) brach ein Brand aus, der in den Holzportalen reiche Nahrung fand. Das Feuer brachte eine Preklustföhne zur Explosion. Eine etwa 70 Meter entfernt stehende Frau wurde von einem Eisenstück am Kopfe getroffen und getötet. Weitere Personen kamen nicht zu Schaden. Das Feuer griff auf Scheune und Stallung über und vernichtete bedeutende Werte.

Unglück der Nacht. In der Nähe von Hofgeismar, Bezirk Kassel, fiel ein durch den Scheinwerfer eines Motorrades geblendetes Reh in die Maschine. Der Fahrer, ein Tischlermeister aus Harterud, kam zu Fall und verunglückte tödlich.

Neue Desande in Oesterreich. In Gaming im Erlaufstal wurden in der letzten Zeit Versuchsböhrungen angestellt, um nach Erdöl zu forschen. Diese Versuchsböhrungen haben nun tatsächlich an drei Stellen Erfolge gezeitigt. Bei der niederösterreichischen Landesregierung ist bereits eine Probe des gefundenen Erdöls eingelangt. Die Gemeinde Gaming selbst hat das Schurfrecht erworben.

Campbells „Blauer Vogel“. Sir Malcolm Campbell, der britische Automobilrennfahrer, gab bekannt, er werde, falls das Wetter günstigen Charakter annähme, auf Florida die Probefahrten auf seinem „Blauen Vogel“ aufnehmen. In den Wagen wurde bereits der neue Motor von 2600 HP. eingebaut.

Ein brutaler Mord an der jugoslawisch-ungarischen Grenze. An der Grenze bei Magyarszombatka haben jugoslawische Grenzsoldaten einen jungen ungarischen Landwirt, der in einer an Jugoslawien gefallene Gemeinde zuständig war, getötet. Der Landwirt kam zum

Frauentag - Kampftag

Niemand fehle!

Auch die Genossen nehmen am Frauentag teil.

Besuch seiner Eltern nach Ungarn. Bei der Rückkehr stieß er in der Nähe der Grenze auf jugoslawische Grenzsoldaten. Einer von ihnen gab einen Schuß auf den jungen Mann ab, wodurch dieser am Fuß schwer verletzt wurde. Ein anderer Grenzsoldat telephonierte an die Grenzstation in Muroszombat, von wo er angeblich die Weisung erhielt, den Verwundeten zu erschließen. Der Grenzsoldat lehrte zu dem Bemerkungen zurück und gab entsprechend der erhaltenen Weisung zwei weitere Schüsse auf ihn ab, durch die der Landwirt getötet wurde. Innerhalb eines Jahres ist es bereits der sechste Fall, daß an der Grenze wohnende Ungarn von jugoslawischen Grenzsoldaten aus nächster Nähe erschossen worden.

Selbstmord infolge Krankheit. Aus Bepko wird uns gemeldet: Die hier in der Reichsstraße wohnhafte Arbeitergattin Emma Schreier hat sich in der Nacht vom Montag auf Dienstag in ihrer Wohnung erhängt. Als frühmorgens 4 Mann aus der im oberen Stockwerk gelegenen Schlafkammer in die Küche kam, fand er die Unglückliche in der Schlinge tot vor. Die Lebensuhr, die nach Berechnung im Erbgebirge zuständig und 31 Jahre alt war, hat die Tat wegen eines Schmersenstoßes, hartnäckigen Leidens verrät.

Der Hamburger Mörder. Der Schiffstischler Delowst, der seine in Hamburg lebende Mutter ermordete und betraute, hat sich der Polizei gestellt. Er war bei seiner Verhaftung vollkommen betrunken.

Einführung von Büfettwagen.

Nach langem Jögern hat sich die internationale Schlafwagengesellschaft doch endlich entschlossen, auch bei uns sogenannte „Büfettwagen“ einzuführen. Der erste Wagon dieser Art wurde in den jeweils Samstag von Prag ins Riesengebirge abgehenden Sportzug eingereiht und bei lebhaftem Anschlag gefunden. Die eine Hälfte des Speisewagens ist in der Art eines Büfett eingrichtet, wo man stehend die Speisen oder Getränke einnehmen kann, das Büfett steht in direkter Verbindung mit der Küche, so daß die Kellner keine großen Umwege machen müssen. In der Mitte des Wagens ist eine Art Kasse eingereiht, während die andere Hälfte normal mit Tischen und Stühlen versehen ist. Die Preise sind nicht gerade niedrig, doch bekommt man z. B. eine Gulachsuppe um 2,50 K, ein Gulach kostet 5 K, was man sicher als teuer bezeichnen muß, mährische Klobalen 5 K usw. Aber es ist doch gelingen, die Phantasiepreise der Schlafwagengesellschaft mit ihren 23- und 28-Kronen-Menus zu brechen und der Erfolg, der besonders den Angestellten zu wünschen ist, hat sich auch eingestellt.

Wie das aber schon bei uns geht, wird nun gleich wieder gegen die vernünftige Neuerung die in den meisten Staaten schon längst eingeführt ist, Sturm gelaufen. Besonders die Bahnhofsrestaureure haben es scharf und jammern schon im voraus über den Ruin, der sie unbedingt treffen muß. Nun ist es so, daß die Herren Bahnhofsrestaureure fast keine Kasse bezahlen und die Restaurationen gegenüber den ordnungsgemäßen Restaurationen wesentlich billiger erhalten, andererseits aber mit ihren Preisen überall über den Ortsdurchschnitt stehen. Wir haben schon auf die Ausdränderung hingewiesen, welcher die Reisenden besonders beim Verlassen von Schienenemmen usw. ausgelegt sind. Man darf auch als Eisenbahnreisender seiner berechtigten Meinung Ausdruck verleihen, doch man muß den Herren Bahnhofsrestaureure wegen r. z. s. fordern weil man irgendwas zu tun hat. In Deutschland ist die Art unserer Büfettwagen — wenn auch ohne Büfettrichtung — schon seit vielen Jahren eingeführt. Man bekommt dort zu jeder Stunde einen kleinen Imbiß und trotzdem sind die deutschen Bahnhofsrestaurationen keineswegs zugrunde gegangen. Wir hoffen also, daß das Eisenbahnministerium im Interesse der Reisenden ganz energisch darauf bestehen wird, daß die Schlafwagengesellschaft die Büfettwagen auch auf die übrigen Strecken ausdehnt, um den berechtigten Bedürfnissen der Reisenden entgegen zu kommen und sich nicht durch die einschüchternde und feindseligen Proteste der Bahnhofsrestaureure einschüchtern läßt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 12.30: Jugendliteratur. 12.35: Deutsche Sendung. 13.30: Fröhliche Gespräche in Böhmen. 13.35: Klavierkonzert. 14.30: Singpiel. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Operettenlieder. Berlin: 18.20: Aus Operetten. 20.10: Deutscher Konzert. — Wladimir: 19.15: Unter Volk. Königberg: 20.15: Wie höre ich Orchestermusik? Langenberg: 20: Bericht aus Amerika. — Leipzig: 20.15: Bräuner-Jugend. — Rügen: 19.20: Rosenkranz. 20: Sinfoniekonzert. — Wien: 18.10: Große Männer der Geschichte. 20: Orchesterkonzert.

